

Rosa Luxemburg, der Bergarbeiterverband und der Streit um die Rolle der Gewerkschaften

Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei

Die Rolle, die die Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretungen des Proletariats im Klassenkampf spielen sollten, war Gegenstand andauernder Auseinandersetzungen in der deutschen Arbeiterbewegung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften war seit den Anfängen der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse in Deutschland spannungsreich. Beide Teile der Arbeiterbewegung konstituierten sich in den 1860er Jahren und wurden während des Sozialistengesetzes unterdrückt. Die Unterdrückungspolitik des Staates bedingte in den 1880er Jahren eine organisatorische Verflechtung zwischen ihnen, so dass lokale Gewerkschaftszusammenschlüsse zum Teil den Fortbestand der Sozialdemokratie gewährleisteten.¹

Das Auslaufen des Sozialistengesetzes machte es notwendig, die Kompetenzbereiche von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften deutlich zu bestimmen und sie aufeinander und auf die Ziele der Arbeiterbewegung zu beziehen. Das Erfurter Programm der SPD von 1891, das aus einem „theoretischen“ und einem „praktischen“ Teil bestand und sowohl die Analyse der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft als auch die nächsten Forderungen der Arbeiterbewegung enthielt, brachte in dieser Hinsicht keine eindeutige Klärung. Das hing u. a. mit den unterschiedlichen Auffassungen in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie über das Tempo der kapitalistischen Entwicklung und die Nähe des Sozialismus zusammen.² Auch die Entwicklung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften selbst verlief nicht parallel. Während die SPD in den 1890er Jahren bedeutende Wahlerfolge erzielte, setzte sich das noch unter dem Sozialistengesetz beginnende Wachstum der Gewerkschaften zunächst nicht fort. Die erste Hälfte der 1890er Jahre stellte für diese eine Periode des vorübergehenden Niedergangs dar, die durch Streikniederlagen, Mitgliederverluste und einen Streit über die Form der gewerkschaftlichen Organisation gekennzeichnet war.³

1 Vgl. Klaus Schönhoven: Die Freien Gewerkschaften zwischen Reichsgründung und Weltkrieg: Organisationsentwicklung, Strukturprobleme und Programmatik, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 50.

2 Vgl. ebd.

3 Vgl. Hans-Josef Steinberg: Die Entwicklung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Sozialdemokratie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Heinz Oskar Vetter (Hg.): Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 127; Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900, Berlin 1963, S. 122.

Die Schwäche der Gewerkschaften bewirkte bei ihnen einen Pessimismus in Bezug auf die Perspektiven des Klassenkampfes. Die SPD-Führung war dagegen eher optimistisch eingestellt. Sie ging von dem Primat der politischen Organisation aus und schien für die Schwierigkeiten der Gewerkschaften relativ wenig Interesse zu haben. Das war u. a. der Ausgangspunkt der ersten großen Kontroverse zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften 1892–1893, in der deren Anspruch auf Gleichberechtigung sowie der Vorstoß, die Sozialdemokraten zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu verpflichten, abgelehnt wurden. Unter diesen Bedingungen erschienen die Gewerkschaften sogar für ihre führenden Funktionäre wie den Vorsitzenden der Generalkommission Carl Legien als „Erziehungsanstalt“, „Vorschule“ für die politische Bewegung und „Palliativmittel“ im proletarischen Klassenkampf.⁴

Doch seit etwa 1895 hat sich die Situation geändert. Es setzten eine nur kurz unterbrochene Hochkonjunkturperiode und damit ein rasanter Aufschwung der Gewerkschaften ein. Bereits 1897 hatten sie mehr Mitglieder als die SPD 1906.⁵ Im letzten Vorkriegsjahrzehnt übertrafen die Gewerkschaften die Partei zahlenmäßig um ein Vielfaches. Die gewerkschaftliche Organisation und das Unterstützungswesen wurden massiv ausgebaut. Die Einrichtungen der Gewerkschaften gewannen an Vielfalt.⁶ Durch diesen Organisationsvorsprung und den Durchbruch zur Massenbewegung verstärkte sich in den Gewerkschaften das Bewusstsein der eigenen Kraft, was sich etwa in der Neutralitätsdebatte zeigte. Die sozialdemokratische Partei konnte ihren Primatsanspruch nicht mehr aufrechterhalten und musste die gewerkschaftliche Autonomie im wirtschaftlichen Bereich akzeptieren.⁷ Schließlich führte die durch die Kontroversen um den Massenstreik ausgelöste Auseinandersetzung um das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften zur Anerkennung der Gleichberechtigung der beiden Organisationen auf dem Mannheimer Parteitag der SPD 1906.⁸

Auch innerhalb der Partei selbst gewannen die Gewerkschaften immer mehr an Einfluss. Führende Gewerkschaftsfunktionäre beteiligten sich an den innerparteilichen Diskussionen, insbesondere im Laufe des Revisionismusstreites. Die Auseinandersetzungen um die Gleichberechtigung der Gewerkschaften und deren Verhältnis zum politischen Kampf der Partei waren durch den Revisionismusstreit überlagert, ohne selbst einen Teil davon dargestellt zu haben. Vielmehr waren beide Äußerungen eines mit der Organisationsentwicklung einher-

4 Vgl. Steinberg, S. 127–128; Ritter: Arbeiterbewegung, S. 125–126; Schönhoven: Gewerkschaften, S. 50–51.

5 Vgl. Klaus Schönhoven: Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980, S. 91.

6 Vgl. Klaus Tenfelde: Karl Kautsky und Sisyphus – über die Reformfähigkeit der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1992, S. 213. Zum Problemkomplex insgesamt vgl. Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: Vetter, S. 61–120.

7 Vgl. Schönhoven: Gewerkschaften, S. 53.

8 Vgl. dazu Joachim Eichler: Von Köln nach Mannheim. Die Debatten über Maifeier, Massenstreik und das Verhältnis der Freien Gewerkschaften zur deutschen Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung Deutschlands 1905/1906. Zur Entstehung des „Mannheimer Abkommens“, Münster/Hamburg 1992.

gehenden, Momente der „negativen“ und „positiven“ Integration einschließenden Prozesses, der zu einem Wandel der Beziehungen zwischen Theorie und Bewegung führte und nach außen als ein Richtungskampf verschiedener Strömungen erschien.

Dieser Kampf wurde von Seiten der Gewerkschaften nicht auf einer abstrakt-theoretischen (wie z. B. zum großen Teil im Streit zwischen Karl Kautsky und Eduard Bernstein), sondern auf einer praktisch-politischen Ebene geführt, zumal sie die Rolle und Stellung von Theoretikern in der Arbeiterbewegung selbst problematisierten. Ihre Gegner waren Vertreter der marxistischen Orthodoxie bzw. des linken Flügels. Deren Auffassungen wurden als gewerkschaftsfeindlich eingestuft und als Hindernis für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Ansprüche angesehen. Die Kontroversen mit den „Orthodoxen“ wurden sowohl von der Generalkommission als auch von den einzelnen Gewerkschaften ausgetragen. Eine bestimmte Rolle spielte dabei auch der Bergarbeiterverband.

Der Bergarbeiterverband wurde 1889 nach dem großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet gegründet.⁹ Mitte der 1900er Jahre stellte er mit mehr als 100.000 Mitgliedern die nach dem Metallarbeiterverband zweitgrößte Gewerkschaft in Deutschland dar. Der Organisationsgrad blieb jedoch relativ gering und schwankte vor 1914 zwischen etwa 12 und 16 %. Die Mitgliederzahlen des Verbandes wuchsen auch nicht kontinuierlich; kurz vor dem Ersten Weltkrieg zeichnete sich ein Rückgang ab.¹⁰ Die Organisationsschwierigkeiten ergaben sich u. a. daraus, dass zum einen im Bergbau, insbesondere im Ruhrgebiet, viele Zuwanderer beschäftigt wurden, die teilweise bis zur Hälfte der Gesamtbelegschaft ausmachten, und zum anderen aus der Konkurrenz der Verbände unterschiedlicher Orientierung.¹¹ An der Spitze des Bergarbeiterverbandes stand Hermann Sachse. Einen maßgeblichen Einfluss auf die Verbandspolitik übte allerdings vor allem Otto Hue aus.

Otto Hue (1868–1922), sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Sekretär der Bergarbeiterinternationale, gehörte zunächst dem Metallarbeiterverband an. 1893 übernahm er die Redaktion der „Bergarbeiterzeitung“. Er war politischer und ideologischer Führer des „Alten Verbandes“ und einer der Begründer und konsequentesten Verfechter der

9 Vgl. zum Streik Albin Gladen: Die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1889, 1905 und 1912, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 112–131.

10 Vgl. Johann Fritsch: Eindringen und Ausbreitung des Revisionismus im deutschen Bergarbeiterverband (bis 1914), Leipzig 1967, S. 109–111 sowie Schönhoven: Expansion, S. 91–149.

11 Vgl. Klaus Tenfelde: Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft 1905 bis 1919, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 206–207. Grundlegend: ders.: Probleme der Organisation von Arbeitern und Unternehmern im Ruhrbergbau 1890–1918, in: Hans Mommsen (Hg.): Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr, Wuppertal 1980, S. 38–61. Neben dem sozialdemokratisch orientierten „alten“ Bergarbeiterverband existierten ein christlicher, ein polnischer und ein Hirsch-Duncker'scher Verband. Alle vier Verbände insgesamt umfassten vor 1914 allerdings nur etwas mehr als 20 % aller Bergarbeiter. Vgl. Tenfelde: Kautsky, S. 217.

Neutralitätspolitik.¹² Zusammen mit Johann Leimpeters war er auch derjenige, der von Seiten des Verbandes aktiv in die Diskussion um die Rolle der Gewerkschaften eingriff. In den Auseinandersetzungen der Funktionäre des Bergarbeiterverbandes mit den orthodoxen Marxisten in der SPD ging es u. a. um Probleme der Neutralität, Spontaneität, Organisation und den Begriff „Sisyphusarbeit“. Im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Kritik stand dabei neben Karl Kautsky, dem „offiziellen“ Theoretiker der sozialdemokratischen Partei, Rosa Luxemburg.¹³

„Sisyphusarbeit“: nutzlos oder unentbehrlich?

Rosa Luxemburg hatte keine besonderen Beziehungen zur Bergarbeiterbewegung oder etwa zum Ruhrbergbaurevier.¹⁴ Sie beobachtete allerdings aufmerksam die Entwicklungen in den Bergbauregionen. Noch als junge polnische Sozialistin berichtete sie in der Zeitung „Sprawa Robotnicza“ über den Streik der Bergarbeiter in England 1893 oder den ersten Bergarbeiterkongress 1894 in Deutschland.¹⁵ Ihre theoretische Auffassung von der Rolle der Gewerkschaften im Kapitalismus, die diesen Anlass zu polemischen Angriffen gab, entwickelte sie jedoch ohne Bezug auf eine konkrete Gewerkschaft. Den Hintergrund der Gewerkschaftstheorie von Rosa Luxemburg bildete der Streit mit den Revisionisten Eduard Bernstein und Conrad Schmidt über die Wege der sozialistischen Transformation der Gesellschaft.¹⁶

12 Vgl. dazu Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus, Hannover 1960, Bd. 1, S. 141–143.

13 „Gerade diese Dame“, schrieb die „Bergarbeiterzeitung“, ist in Gewerkschaftskreisen bekannt als eine treibende Kraft bei der seit längerer Zeit üblich gewordenen *Hetze gegen die selbständige Haltung der Gewerkschaften*. Wo Frau Rosa Luxemburg Einfluss hat, darf die Gewerkschaftsbewegung auf keine sachliche Beurteilung rechnen.“ Zit. bei Rosa Luxemburg: Die Hetzer an der Arbeit, in: GW, Bd. 1/1, S. 606. Dieser Artikel der „Bergarbeiterzeitung“ erschien aus Anlass der Neubesetzung der „Vorwärts“-Redaktion nach dem sog. „Vorwärts“-Konflikt. Zum „Vorwärts“-Konflikt vgl. Ingrid Gilcher-Holtey: Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie, Berlin 1986, S. 198–219; Bernhard Grau: Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie, München 2001, S. 190–202, 210–219; Dieter Groh: Die Sozialdemokratie zwischen Miquels Sammlungs- und Bülow's Blockpolitik (1897–1909), in: ders.: Emanzipation und Integration. Beiträge zur Sozial- und Politikgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des 2. Reiches, Konstanz 1999, S. 390–396; Stanley Pierson: Marxist Intellectuals and the Working-Class Mentality in Germany 1887–1912, Cambridge (Mass.)/London 1993, S. 176–185; Eichler, S. 168–184.

14 Vgl. den Beitrag von Horst Hensel in diesem Heft.

15 Vgl. Rosa Luxemburg: Der englische Bergarbeiterstreik 1893, in: dies.: Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin (DDR) 1951, Bd. 2, S. 5–15; dies.: Der erste Kongress der deutschen Bergarbeiter, in: ebd., S. 19–23.

16 Aus der neueren Literatur über Eduard Bernstein und die Bernstein-Debatte vgl. Francis Ludwig Carsten: Eduard Bernstein 1850–1932. Eine politische Biographie, München 1993; Veli-Matti Rautio: Die Bernstein-Debatte. Die politisch-ideologischen Strömungen und die Parteideologie in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1898–1903, Helsinki 1994; Manfred B. Steger: The Quest for Evolutionary Socialism. Eduard Bernstein and Social Democracy, Cambridge 1997; Helga Grebing (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S. 160–180; Till Schelz-Brandenburg: Einleitung, in: ders. (Hg.): Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895–1900), Frankfurt a. M./New York 2003, S. VII–LIV. Zu Conrad Schmidt vgl. Dimitrij Owetschkin: Conrad Schmidt, der Revisionismus

Aus der Sicht des Revisionismus konnten die Gewerkschaften bereits im Kapitalismus zu dieser Transformation beitragen, indem sie ihre Aufgaben und Wirkungssphäre erweiterten, die Macht der Kapitalisten durch den Einfluss auf die Leitung der Industrie einschränkten und die Wirtschaftsverhältnisse demokratisierten.¹⁷ Diese Auffassung hielt Rosa Luxemburg für utopisch. Ihr zufolge waren die Gewerkschaften nur imstande, die kapitalistische Ausbeutung je nach den Marktverhältnissen zu „regulieren“ und in die jeweils „normalen“ Schranken zu weisen, ohne die Möglichkeit der Beeinflussung der Produktion und Marktkonjunkturen selbst zu haben. Denn wenn die Gewerkschaften versuchen würden, sich doch in die Sphäre der Produktion einzumischen, dann könnte diese Intervention nach Rosa Luxemburg entweder in die technische Seite der Produktion oder in die Bestimmung deren Umfangs und der Warenpreise erfolgen. Im ersteren Fall würden sie gegen den technischen Fortschritt, damit also gegen die Interessen der Arbeiterklasse im Ganzen handeln. Auch im zweiten Fall würde sich ihre Tätigkeit nicht mehr als ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital, sondern als ein „solidarischer Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft“, ein „Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen den Konsumenten“ erweisen.¹⁸ Die Aufgaben der Gewerkschaften beschränkten sich mithin aus der Sicht von Rosa Luxemburg auf die Regulierung der Marktlage der Ware Arbeitskraft durch Organisation und die Vergrößerung des Anteils der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Reichtum. Da dieser Anteil ständig herabgedrückt und die Organisation durch die Proletarisierung der Mittelschichten ständig durchbrochen wurde, erschien die Gewerkschaftsarbeit bei Rosa Luxemburg als „eine Art Sisyphusarbeit“.¹⁹

Der Begriff „Sisyphusarbeit“, den allerdings nicht erst Rosa Luxemburg einführte,²⁰ wurde bei den Gewerkschaften zu einem Symbol der „gewerkschaftsfeindlichen“ Position, denn sie deuteten ihn im Sinne einer nutzlosen Arbeit. Auch Karl Kautsky wurde während der Massenstreikdebatte mit diesem Begriff konfrontiert und musste ihn erläutern und interpretieren. Noch in den Auseinandersetzungen um Kautskys Buch „Der Weg zur Macht“ um 1910 klangen die Diskussionen über die „Sisyphusarbeit“ nach.²¹

Einer der ersten gewerkschaftlichen Kritiker des Begriffs „Sisyphusarbeit“ war Otto Hue. Sollte diese Bezeichnung, so Hue 1900, zutreffen, dann wäre es vernünftiger gewesen, überhaupt keine Gewerkschaften zu gründen oder sie direkt der Partei anzugliedern, damit sie

und die sozialdemokratische Theorie. Zur theoretischen Entwicklung der Sozialdemokratie vor 1914, Essen 2003.

17 Vgl. Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart/Berlin 1921 (ND Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977), S. 174; Conrad Schmidt: Endziel und Bewegung, in: Vorwärts, 20.2.1898.

18 Vgl. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?, in: GW, Bd. 1/1, S. 389–390.

19 Vgl. ebd., S. 419–420.

20 Bereits 1893 bezeichnete die Tischlerzeitung den Gewerkschaftskampf als „Sisyphusarbeit“. Auch Eduard Bernstein betrachtete 1885 die gewerkschaftliche Bewegung als eine „Kreisbewegung“, solange sie nicht von dem durch die Partei vermittelten Endziel (Aufhebung des kapitalistischen Lohnsystems) geleitet werde. Vgl. Dirk Müller: Probleme gewerkschaftlicher Organisation und Perspektiven im Rahmen eines arbeitsteiligen Organisationskonzepts, in: IWK, 1979, S. 575–576.

21 Vgl. dazu Tenfelde: Kautsky.

wenigstens etwas Nützliches bringen könnten.²² Auf dem Höhepunkt der Debatten um das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften wurde die „Sisyphusarbeit“ von der Generalkommission als Argument gegen die Gewerkschaftskritiker und für die Gleichberechtigung der beiden Organisationen der Arbeiterbewegung benutzt. Aus der Sicht des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission bewies die Wirkungslosigkeit der politischen Tagesarbeit der Sozialdemokratie, die genauso wie die Arbeit der Gewerkschaften nicht unmittelbar zur Abschaffung des Kapitalismus führte, dass auch die praktisch-politische Tätigkeit der Partei eine „Sisyphusarbeit“ darstellte.²³

Diesen Schluss legte in der Tat die orthodox-marxistische Gewerkschaftstheorie nahe. Für die orthodoxen Marxisten und die Linke bedeutete die gewerkschaftliche Bewegung eine Bewegung ohne Endziel. Sie verfolgte die Augenblicksinteressen der Arbeiterklasse bzw. ihrer eigenen Mitglieder, während die Sozialdemokratie außer dieser Gegenwartsinteressen auch alle anderen Interessen, die Zukunftsinteressen der gesamten Arbeiterschaft vertrat.²⁴ Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei erwies sich dabei als das eines Teils zum Ganzen und die Sozialdemokratie als „die Zusammenfassung sowohl des parlamentarischen als auch des gewerkschaftlichen Kampfes in einem auf die Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft gerichteten Klassenkampf“. ²⁵ Eine solche Zusammenfassung konnte nur durch ein theoretisch begründetes Endziel erfolgen. Gegenüber diesem Endziel erschien die Tätigkeit der Gewerkschaften im Kapitalismus genauso wie die praktische Tagesarbeit der Sozialdemokratie für Rosa Luxemburg und Karl Kautsky eben als „Sisyphusarbeit“. ²⁶

Im Gegensatz zu den Gewerkschaften interpretierten sie jedoch die „Sisyphusarbeit“ nicht als „nutzlos“. Diese Arbeit war aus ihrer Sicht sogar unentbehrlich, damit die Arbeiter trotz der Tendenz zur relativen Senkung ihres Lebensstandards einen der jeweiligen Marktlage entsprechenden Lohn überhaupt bekommen konnten.²⁷ Die Gewerkschaften, die zwar nicht in der Lage waren, die Tendenz der *relativen* Verelendung der Arbeiterklasse aufzuheben, konnten Rosa Luxemburg zufolge aber „Gewaltigeres“ vollziehen, nämlich die *absolute* Verelendung bekämpfen, das Proletariat organisieren und damit den materiellen Boden für seine Befreiung vorbereiten.²⁸ Der wirkliche Sinn der „Sisyphusarbeit“ bestand darin, dass sie im Rahmen des Kapitalismus nie endete und immer wieder von Neuem begonnen werden

22 Otto Hue: Neutrale oder parteiische Gewerkschaften. Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, zugleich eine Geschichte der Bergarbeiterbewegung, Bochum 1900, S. 126. Eine ähnliche Argumentation wendete auch Hermann Sachse 1906 auf dem Mannheimer Parteitag der SPD gegen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906, Berlin 1906 (ND Berlin/Bonn 1982), S. 265.

23 Vgl. Partei und Gewerkschaften, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 8.9.1906, S. 612.

24 Vgl. Karl Kautsky: Partei und Gewerkschaft, in: NZ, 1905/1906, Bd. 2, S. 750.

25 Vgl. Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: GW, Bd. 2, S. 156.

26 Vgl. Kautsky: Partei, S. 750; Luxemburg: Hetzer, S. 607–608. Vgl. auch Partei und Gewerkschaften, in: Vorwärts, 18.9.1906.

27 Vgl. Luxemburg: Hetzer, S. 607–608.

28 Vgl. Rosa Luxemburg: Kapitalistische Entwicklung und Arbeitervereinigungen, in: GW, Bd. 1/1, S. 610.

musste: „Der Kampf mit dem deutschen Unternehmertum ist also ein ewiges Hinaufrollen des Sisyphussteines, der immer wieder mit beharrlicher Brutalität hinabgeschleudert wird, ein ewiger Guerillakrieg, in dem die kämpfenden Arbeiter nicht für einen Augenblick Helm und Panzer ablegen oder das Auge zur Rast schließen dürfen, wo es stets Fuß im Bügel und Waffe in der Hand zu halten gilt, nicht um neue Eroberungen zu machen, sondern bloß um die soeben gemachten zu behaupten.“²⁹

Die Linke und die gewerkschaftliche Neutralität

Die „Sisyphusarbeit“ bekam ihren Sinn also nur durch den Bezug auf ein Endziel. Dieser Bezug war in den Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften auch deswegen umstritten, weil dahinter das Problem des Verhältnisses der beiden Organisationen, der „Gleichberechtigung“ stand. Die Gewerkschaftsführer wandten sich gegen die Behauptung, die Gewerkschaftsbewegung habe kein Endziel.³⁰ Dadurch versuchten sie zum einen, sich vom Revisionismus zu distanzieren, zumal Bernstein in der innerparteilichen Debatte und der Diskussion zwischen der Partei und den Gewerkschaften den Massenstreik als ein wirksames Kampfmittel befürwortete.³¹ Die modifizierte Fassung seiner berühmten These („Die Bewegung ist alles, denn sie trägt ihr Ziel in sich“³²) wurde dabei, obwohl sie der Haltung der Gewerkschaften zu entsprechen schien, kaum zur Kenntnis genommen.

Zum anderen ergab sich aus der Versicherung, die Gewerkschaftsbewegung fuße auf der Theorie des Klassengegensatzes zwischen Kapitalisten und Arbeitern, dessen notwendige Folge der Klassenkampf und in der Perspektive die Aufhebung des Kapitalismus sei, für die Gewerkschaftsführer die Konsequenz, dass zumindest im Rahmen der Gegenwartsarbeit Partei und Gewerkschaften gleichwertige Faktoren darstellten.³³ Die Sozialdemokratie musste das angesichts der zahlenmäßigen Stärke der Gewerkschaften akzeptieren. Die orthodoxen Marxisten und die Linken legten aber den Nachdruck darauf, dass die Gewerkschaften genauso wie die Partei der „Direktive der sozialistischen Theorie“ unterstellt sein sollten.³⁴ In

29 Vgl. ebd., S. 608; Kautsky: Partei, S. 750.

30 Vgl. Partei und Gewerkschaften (Correspondenzblatt), S. 612.

31 Die mehr oder weniger distanzierte Haltung der Gewerkschaften gegenüber dem Revisionismus im eigentlichen Sinne bedeutete nicht, dass diese überhaupt keine von seinen Ideen teilten. Sie ergab sich eher aus ihrer Abneigung gegenüber den abstrakt-theoretischen Debatten, die mitunter als „Literatenstreik“ erschienen. Nichtsdestotrotz arbeiteten einige führende Gewerkschafter bei den „Sozialistischen Monatsheften“ mit und votierten auf dem Dresdener Parteitag der SPD 1903 gegen die den Revisionismus verurteilende Resolution (darunter auch Otto Hue, der übrigens nicht nur für die „Sozialistischen Monatshefte“, sondern auch für die „Neue Zeit“ schrieb). Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903 (ND Berlin/Bonn 1981), S. 418–420. Kautsky sprach in seiner Revisionismusanalyse auch von einem „gewerkschaftlichen Revisionismus“. Vgl. Karl Kautsky: Eine Nachlese zum Vorwärts-Konflikt, in: NZ, 1905/1906, Bd. 1, S. 316. Zum Verhältnis der Gewerkschaften zu Theoretikern und „Literaten“ vgl. unten.

32 Vgl. Eduard Bernstein: Erklärung, in: Vorwärts, 8.2.1898.

33 Vgl. Partei und Gewerkschaften (Correspondenzblatt), S. 612.

34 Vgl. Partei und Gewerkschaften (Vorwärts).

der sozialistischen Theorie sahen sie sogar den Ursprung und Grund für die Erfolge der praktischen Politik der Gewerkschaften, denn diese Theorie ermöglichte die „Einsicht in die tiefen sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der kapitalistischen Ordnung“. ³⁵ Deswegen würde „die Emanzipierung der Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Theorie“ Rosa Luxemburg zufolge einem Selbstmordversuch gleichen und „einen sofortigen Verlust der ganzen Überlegenheit gegenüber allen bürgerlichen Gewerkschaftssorten“ bedeuten. ³⁶

In der Konzeption von Rosa Luxemburg erschien die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaften unmittelbar als ein Produkt der sozialdemokratischen Bewegung und der sozialdemokratischen Agitation. Das Missverhältnis zwischen der Zahl der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder ging für sie auf einen kausalen Zusammenhang zurück: „Tausende und aber Tausende von Arbeitern treten den Parteiorganisationen nicht bei, eben *weils* sie in die Gewerkschaften eintreten.“ ³⁷ Der sozialdemokratisch gesinnte durchschnittliche Arbeiter fühle sich auch in der Gewerkschaft *sozialdemokratisch* organisiert. Darauf, und nicht auf dem „Schein der Neutralität“, beruhte in der Sicht von Rosa Luxemburg die Stärke der Gewerkschaften. ³⁸

Die Gewerkschaften selbst, insbesondere der Bergarbeiterverband, vertraten in dieser Hinsicht eine entgegengesetzte Position. Für Otto Hue stellte die Neutralität die Chance dar, möglichst viele Arbeiter unabhängig von ihrer parteipolitischen und religiösen Orientierung zu erfassen und dabei die Organisation zu stärken. Er bestritt den Vorwurf, die gewerkschaftliche Neutralität laufe auf eine „Nurgewerkschafterei“ hinaus. ³⁹ Es ist bezeichnend, dass auch die Vertreter der marxistischen Orthodoxie damit im Wesentlichen übereinstimmten und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Neutralität anerkannten. Eine reine parteiunabhängige Berufs- und Interessenpolitik nach dem Muster der Unternehmerverbände hielten sie allerdings für unrealistisch und für die Arbeiterbewegung hinderlich. Denn die Unternehmerverbände stünden nicht *allen*, so August Bebel und Karl Kautsky, sondern nur bürgerlichen Parteien nahe und trieben somit keine „neutrale“, sondern eine eindeutige Parteipolitik. ⁴⁰ Auch die in Worten „neutrale“ Politik der Gewerkschaften erweise sich in Wirklichkeit als eine Parteipolitik, d. h. als eine Politik im sozialdemokratischen Sinne. ⁴¹

Karl Kautsky sah die Hauptursache der „Neutralitätsbestrebungen“ der Gewerkschaften in der Dominanz katholischer Arbeiter in einzelnen Wirtschaftsbranchen, insbesondere im Bergbau, wo sie nach seinen Angaben 55 % aller Erwerbstätigen ausmachten, ⁴² und lehnte die Idee nicht ab, durch den Verzicht auf parteipolitische Festlegungen allen Arbeitern ohne Unterschied der Religion oder Parteistellung den Zugang zu den Gewerkschaften möglich zu

³⁵ Vgl. Luxemburg: Massenstreik, S. 158.

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Ebd., S. 159.

³⁸ Vgl. ebd., S. 160.

³⁹ Vgl. Otto Hue: Über den Generalstreik im Ruhrgebiet, in: SM, 1905, Bd. 1, S. 208.

⁴⁰ Vgl. August Bebel: Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien, in: ders.: Ausgewählte Reden und Schriften. Bearbeitet von Anneliese Beske und Eckhard Müller, München 1997, Bd. 7/1, S. 58–59; Karl Kautsky: Die Neutralisierung der Gewerkschaften, in: NZ, 1899–1900, Bd. 2, S. 430–431.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 433.

⁴² Vgl. ebd., S. 393.

machen.⁴³ Die große Frage der Neutralisierung bestand für ihn aber nicht in einer solchen Öffnung, sondern wie erwähnt im Wesen der gewerkschaftlichen Politik. Ihrem Wesen nach stellte auch die „neutrale“ Politik des Bergarbeiterverbandes aus seiner Sicht nur „eine verschämte sozialdemokratische Politik“ dar.⁴⁴

Während also diese Position dem Standpunkt von Otto Hue, der meinte, alle zur „geistigen und körperlichen Gesundung“ der Proletarier beitragenden Maßnahmen, auch einer „neutralen“ Arbeiterorganisation, würden der Sozialdemokratie als der Arbeiterpartei par excellence nutzen,⁴⁵ in der Tendenz durchaus entsprach, hatte sie einen anderen Hintergrund. Für Kautsky und die Linke waren die Neutralitäts- und Gleichberechtigungsbestrebungen u. a. Ausdruck des Opportunismus, Folge des Zurücktretens des Endzielbewusstseins und Ergebnis des organisatorischen Wachstums der Gewerkschaften, das ein „Ruhebedürfnis“ nach sich zog.⁴⁶ Rosa Luxemburg zufolge war der Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie nur ein scheinbarer, er erwies sich als ein Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsspitze bzw. ein Gegensatz innerhalb der Gewerkschaften. In Wirklichkeit war es die *eine* Masse, die die Basis der beiden Organisationen zugleich bildete und die Einheit der Arbeiterbewegung verkörperte.

Die künstliche Trennung zwischen dem politischen und ökonomischen Kampf ging für Rosa Luxemburg auf die Besonderheiten der „parlamentarischen“ Periode zurück, in welcher der Erstere zersplittert nach Unternehmen bzw. Produktionsbranchen und der Letztere auf dem repräsentativen Weg, durch den Druck auf die politischen Einrichtungen des Staates geführt werden musste. In einer revolutionären Periode sollte aber diese Trennung wegfallen und die beiden Formen sollten sich in einem Klassenkampf, geführt nicht so sehr durch eine Organisation, sondern vielmehr durch eine direkte revolutionäre Massenaktion, vereinigen.⁴⁷ Die Position von Rosa Luxemburg zeichnete sich durch ein Zutrauen zum revolutionären Potential und der spontanen revolutionären Aktion der Masse aus, was sie bereits während der ersten russischen Revolution von den Auffassungen Kautskys abhob. In ihrer Position äußerte sich das Wesen des Gegensatzes zwischen der Linken und den Gewerkschaften besonders deutlich, denn Rosa Luxemburg problematisierte die Stellung und Rolle der Organisation im Klassenkampf selbst.

Organisation und Spontaneität

Für die Gewerkschaften stellte die Organisation den höchsten Wert dar; alle ihre Handlungen wurden in erster Linie auf diesen Wert bezogen. Jede Kritik an der Taktik der Gewerkschaften empfanden sie als einen Angriff auf die Stabilität und Handlungsfähigkeit der Organisation. Es ist bezeichnend, dass Otto Hue die gewerkschaftliche Politik, die etwa im Jahre

43 Vgl. ebd., S. 429.

44 Vgl. ebd., S. 432.

45 Vgl. Hue: Gewerkschaften, S. 150.

46 Vgl. Kautsky: Neutralisierung, S. 496; Luxemburg: Massenstreik, S. 156.

47 Vgl. ebd., S. 155.

1905 den Abbruch des Streiks im Ruhrgebiet gegen den zum Teil massiven Widerstand der Bergarbeitermassen herbeiführte, vor allem durch den Hinweis auf eine relative Organisationsschwäche und die Abwendung der Schäden für die Organisation legitimierte.⁴⁸ Für Rosa Luxemburg dagegen war die Organisation nur Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck. Das Wachstum der Organisation des Proletariats war aus ihrer Sicht nur im Kampf möglich. Zeitweilige Niederlagen im Streikkampf, Schwächung oder sogar Beschädigung der Organisation waren in ihrer Konzeption einkalkuliert, denn im Endeffekt sollten die Klassenkampforganisationen des Proletariats nach diesen Niederlagen wieder reproduziert und gestärkt aus dem Kampf hervorgehen und ganz neue Schichten der Arbeiterschaft für die Organisierung zugänglich machen.⁴⁹

Die Überschätzung der Organisation bedeutete für Rosa Luxemburg gleichzeitig eine Unterschätzung der unorganisierten Masse und deren politischer Reife. Sie wandte sich gegen die Auffassung der Klassenbewegung des Proletariats als Bewegung einer organisierten Minderheit: „Jeder wirklich große Klassenkampf muss auf der Unterstützung und Mitwirkung der breitesten Massen beruhen, und eine Strategie des Klassenkampfes, die nicht mit dieser Mitwirkung rechnete, die bloß auf die hübsch ausgeführten Märsche des kasernierten kleinen Teils des Proletariats zugeschnitten wäre, ist im Voraus zum kläglichen Fiasko verurteilt.“⁵⁰ Bei einer revolutionären Massenaktion trat der Organisationsgrad für sie deswegen in den Hintergrund: „Wird es in Deutschland zu Massenstreiks kommen, so werden fast sicher nicht die Bestorganisierten – gewiss nicht die Buchdrucker –, sondern die schlechter oder gar nicht Organisierten, die Bergarbeiter, die Textilarbeiter, vielleicht sogar die Landarbeiter die größte Aktionsfähigkeit entwickeln.“⁵¹

Den Massenstreik betrachtete Rosa Luxemburg als „die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution“.⁵² Der Kernpunkt ihrer Konzeption bestand darin, dass ein Massenstreik nicht künstlich herbeigeführt werden konnte; er entstand spontan, aus der Initiative der Masse selbst, allerdings bedingt durch soziale Verhältnisse und mithin die geschichtliche Notwendigkeit.⁵³ Bezeichnenderweise stimmte diese Position im Wesentlichen mit der Auffassung der Führer des Bergarbeiterverbandes überein. Auch für sie konnte der Massen- bzw. Generalstreik weder „vorbereitet“ noch „gemacht“ werden.⁵⁴ Außerdem brachten sie diesen Streik in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Revolution: „Genossin Zetkin“, so Johann Leimpeters 1904, „rief in Bremen aus: ‚Der Generalstreik ist das Präludium der Revolution!‘ Das ist vollkommen richtig und trifft, nach unserer politischen Konstellation, für Deutschland mehr als für jedes

48 Vgl. Hue: Generalstreik, S. 201–210.

49 Vgl. Rosa Luxemburg: Was weiter?, in: GW, Bd. 2, S. 297; dies.: Massenstreik, S. 142.

50 Ebd., S. 143.

51 Ebd., S. 145.

52 Vgl. ebd., S. 125.

53 Vgl. ebd., S. 100.

54 Vgl. Johann Leimpeters: Zum Generalstreik, in: SM, 1904, Bd. 2, S. 882–884; Protokoll der Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 27. Mai 1905, Berlin 1905, S. 223.

andere Land zu. Aber ‚Revolutionen macht man nicht‘, sagte Lassalle schon, und dann macht man auch das Präludium dazu nicht.“⁵⁵

Hier entsprach der Standpunkt der Gewerkschaften dem bekannten Prinzip Kautskys aus dem Jahre 1893, dass die Sozialdemokratie zwar eine revolutionäre, nicht aber Revolutionen machende Partei sei.⁵⁶ Die Führer des Bergarbeiterverbandes hielten aber die Revolution für sinnlos und befürchteten, dass die revolutionären Massenaktionen außer Kontrolle geraten könnten: „Der Generalstreik dürfte in Deutschland zum Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht führen, und ob dann Jeanne d’Arc ihre Auferstehung etwa in einer Rosa Luxemburg feiern würde, ist doch noch nicht ganz sicher.“⁵⁷ Aus der Erkenntnis, der Massenstreik könne nicht „gemacht“ werden, zogen die Gewerkschaften und Rosa Luxemburg entgegengesetzte Schlussfolgerungen: Während diese auf der theoretischen Erörterung der Massenstreikfrage zwecks der Aufklärung der Arbeiterklasse und der Entwicklung deren revolutionären Klassenbewusstseins bestand, hielten jene selbst die Diskussion darüber für überflüssig und sogar schädlich. Die Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses 1905 bezeichnete den Generalstreik als „undiskutabel“ und warnte die Arbeiter, „sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen“.⁵⁸

Diese Resolution richtete sich explizit nicht nur gegen die Anarchisten, sondern auch gegen die Theoretiker „ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes“.⁵⁹ Darin spiegelte sich u. a. die Haltung der Gewerkschaften gegenüber der Theorie und den Theoretikern wider. Einerseits wehrten sie sich gegen den Vorwurf der Theoriefeindlichkeit, andererseits brachten sie ihre Überlegenheit als „Praktiker“ zum Ausdruck und versuchten, die theoretischen Konzeptionen der Linken abzuwerten. So erklärte z. B. Johann Leimpeters, dass für die Gewerkschaften jeder Theoretiker willkommen sei, der Aufklärung schaffe und zur Bereicherung der Kenntnisse der Mitglieder beitrage. Wenn dieser aber in der Gewerkschaftsarbeit nur eine „Sisyphusarbeit“ erblicke, dann müsse eine solche Theorie verpönt sein.⁶⁰ Otto Hue griff bereits 1900 Kautsky als einen Theoretiker an, der nie Industriearbeit getan habe und mit der Tätigkeit der Berufsverbände nur als Gelehrter und Parteipolitiker vertraut sei.⁶¹ 1905 forderte die „Bergarbeiterzeitung“, dass jeder Theoretiker vorerst einige Jahre in der praktischen Tagesarbeit tätig sein sollte.⁶² Auch Franz Pokorny, der in der Leitung des Bergarbeiterverbandes eher links von Hue und Leimpeters stand, vertrat die Meinung, dass die gesunde Vernunft der deutschen Gewerkschaften „gegen derartige Zersetzung-

55 Leimpeters: Generalstreik, S. 884.

56 Vgl. Karl Kautsky: Ein sozialdemokratischer Katechismus, in: NZ, 1893/1894, Bd. 1, S. 368.

57 Johann Leimpeters: Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, in: SM, 1905, Bd. 2, S. 929.

58 Protokoll Köln, S. 30; Nachklänge zum Kölner Gewerkschaftskongress, in: Bergarbeiterzeitung, 15.7.1905.

59 Vgl. Protokoll Köln, S. 30.

60 Leimpeters: Partei, S. 925. Vgl. auch Otto Hue: Partei und Gewerkschaft. Ein Wort an den Jenaer Parteitag, in: Die Neue Gesellschaft, 1905, S. 292.

61 Vgl. Hue: Gewerkschaften, S. 131.

62 Vgl. Nachklänge.

gen wie die durch die Genossin Rosa Luxemburg“ gefeiert sei. „Würde sie [Luxemburg] zu mir kommen“, rief er 1906 auf der Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände aus, „so würde ich ihr sagen: Gehen Sie nach Oberschlesien! Gehen Sie nach der Lausitz! Organisieren Sie dort die Arbeiter! Machen Sie mir sonst keine Vorschläge!“⁶³

Besonders deutlich wurde die Aversion der Gewerkschaften gegenüber den „radikalen“ Theoretikern von Otto Hue zum Ausdruck gebracht. Vor dem Hintergrund der russischen Revolution schrieb er 1905 in der „Bergarbeiterzeitung“: „In Russland tobt seit Jahr und Tag der Kampf um die Volksfreiheit. Wir wunderten uns schon immer, warum unsere theoretischen Generalstreikler nicht schleunigst nach Russland gehen, um dort praktische Kampferfahrungen zu sammeln und mitzukämpfen. In Russland blutet die Arbeiterschaft, weshalb eilen insbesondere die aus Russland oder Polen stammenden, jetzt in Deutschland, Frankreich und der Schweiz ‚revolutionäre‘ Artikel schreibenden Theoretiker nicht auf den Kampfplatz? Wer ein solches Übermaß von ‚revolutionärer‘ Energie bietet wie unsere systematischen Generalstreikpropagandisten, für den ist es Zeit, sich im russischen Freiheitskampfe praktisch zu beteiligen, statt aus der Sommerfrische Generalstreikdiskussion zu betreiben. Probieren geht übers Studieren, darum auf in den russischen Freiheitskampf, ihr ‚Theoretiker des Klassenkampfes‘.“⁶⁴

Die Hervorhebung der nichtdeutschen Herkunft der „Radikalen“ diente dabei offensichtlich dazu, deren Distanz zur „authentischen“ deutschen Bewegung zu demonstrieren.⁶⁵ Die Haltung der Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber der ihren Erwartungen nicht entsprechenden Theorie im Ganzen deutete allerdings auf die Veränderungen nicht nur im Verhältnis von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften, sondern auch in deren Selbstverständnis, insbesondere hinsichtlich ihrer Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft, hin. Den Hintergrund dieser Veränderungen bildete das Streben der Gewerkschaften, als gleichberechtigter Partner und eigenständiger Vertreter der Interessen und Belange der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft anerkannt zu werden. Im Hinblick darauf war der Prozess, den Rosa Luxemburg als die „Emanzipierung der Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Theorie“ bezeichnete, nur eine der Äußerungen einer allgemeinen Tendenz, die der gesamten Arbeiterbewegung in Deutschland vor 1914 inhärent war.

63 Partei und Gewerkschaften. Wörtlicher Abdruck des Punktes „Partei und Gewerkschaften“ aus dem Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände vom 19. – 23. Februar 1906, o. O. 1906, S. 12.

64 Zit. bei Rosa Luxemburg: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 23. September 1905 in Jena. Rede über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften, in: GW, Bd. 1/2, S. 598. Wie bekannt, ging Rosa Luxemburg tatsächlich nach Russland bzw. Polen und wurde dort 1906 inhaftiert. Vgl. dazu Peter Nettel: Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1968, S. 309–352; Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S. 234–249.

65 Ein ähnliches Argument benutzte noch Ignaz Auer in der Bernstein-Debatte. Vgl. Rosa Luxemburg: Erklärung zur Rede Auers, in: GW, Bd. 1/1, S. 636–637. Zum Verhältnis zwischen Rosa Luxemburg und Auer vgl. Veli-Matti Rautio: Die Giftnudel und der russische Beamte – das sonderbare Verhältnis zwischen Rosa Luxemburg und Ignaz Auer (1898–1907), in: Narihiko Ito/Annelies Laschitzka/Ottokar Luban (Hg.): Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998–2000), Berlin 2002, S. 123–136.

Klassenbewusstsein des proletarischen „Subjekts“

Der Vergleich der Positionen der Gewerkschaften und Rosa Luxemburgs macht deutlich, dass unterschiedliche Schlussfolgerungen und Einschätzungen auf jeweils unterschiedliche Prämissen zurückgingen. Der Sinn der gewerkschaftlichen Position bestand in einem Pragmatismus, einem rationalen Kalkül, das auf das Erreichen des maximal Möglichen unter gegebenen Bedingungen und auf Risikominimierung gerichtet war. Rosa Luxemburg ging dagegen von einer idealisierenden Auffassung der proletarischen Massen und von einem im Grunde irrationalen Glauben an deren Spontaneität und revolutionäres Potential aus. In diesem Zusammenhang ist ein Gedenkartikel Luxemburgs zu den Märzereignissen von 1848 und 1871 aus dem Jahre 1912 charakteristisch, in dem sie sich auf große Streiks der Bergarbeiter in Deutschland und England bezog. Zwar war der Stil des Artikels für die Beiträge solcher Art in der sozialdemokratischen Presse eher üblich, aber er lässt auch die grundsätzliche Einstellung Luxemburgs gegenüber der Bewegung der proletarischen Masse hervortreten.

„Hier, bei den Millionen Bergsklaven, die der kapitalistische Profithunger zum unterirdischen Leben unter Qualen der Dante'schen Hölle verurteilt hat“, heißt es im Artikel, „hier brodeln die vulkanischen Kräfte des Klassenkampfes in ihrer ungehemmten Grundgewalt. Jedes Mal, wenn die Bergsklaven ihre Glieder recken, erzittert der Boden des kapitalistischen Staates. Und heute sind sie – Millionen an der Zahl – in den zwei höchstentwickelten kapitalistischen Staaten gleichzeitig an die Oberfläche gestiegen, um eine Abrechnung mit dem herrschenden Kapital zu halten. Es sind dieselben englischen Proletarier, die in den siebziger Jahren auf der Höhe der industriellen Weltherrschaft Englands noch den Himmel voller Geigen sahen und mit der ausbeutenden Bourgeoisie schiedlich-friedlich auszukommen hofften. Es sind dieselben deutschen Bergarbeiter des Ruhrreviers, die noch 1889 in einer Abordnung an den deutschen Kaiser den Vater Staat um gütige Hilfe anflehten. Heute stehen sie – Engländer wie Deutsche – nicht als Hoffende und Bittende, nein, als trotzige, wetterharte Kämpfer da, die nur auf sich selbst, auf die Solidarität und die Macht des Proletariats bauen.“⁶⁶

Die Rolle der Organisationen wurde bei Luxemburg nicht bestritten, aber sie erblickte in ihnen nicht so sehr eine Voraussetzung des Kampfes, als vielmehr dessen Folge. Das proletarische Klassenbewusstsein musste also nicht durch die Organisation bzw., wie in der Theorie von Kautsky, durch die Intellektuellen in die proletarische Masse hineingetragen werden,⁶⁷ sondern es wurde von den Proletariern selbst im Kampf entwickelt. Während einer friedlichen, parlamentarischen Epoche war dieses Bewusstsein zwar noch „theoretisch“, „latent“. In einer revolutionären Situation, wo die Masse unmittelbar als geschichtlicher Akteur auftrat, ging es aber bereits in die „praktische“, „aktive“ Phase über.⁶⁸ Dabei musste es gleichsam zwangsläufig sozialistische Formen annehmen.

⁶⁶ Rosa Luxemburg: Märzenstürme, in: GW, Bd. 3, S. 150.

⁶⁷ Vgl. dazu den Beitrag von Till Schelz-Brandenburg in diesem Heft.

⁶⁸ Vgl. Luxemburg: Massenstreik, S. 144–145.

Diese Auffassung ermöglichte u. a. eine hegelianisch gefärbte Interpretation des proletarischen Klassenbewusstseins, wie sie später Georg Lukács lieferte.⁶⁹ Lukács ging von der Kategorie der Totalität aus, die für ihn den „Träger des revolutionären Prinzips in der Wissenschaft“ darstellte.⁷⁰ Das Proletariat befand sich aus seiner Sicht in einer privilegierten Situation, nämlich die geschichtliche Totalität der Gesellschaft als solche erkennen und durch diesen Akt des Erkennens, des Bewusstwerdens der eigenen Lage in ihrer Bezogenheit auf die Totalität zur revolutionären Praxis gelangen zu können.⁷¹ Das proletarische Klassenbewusstsein wurde somit zum Selbstbewusstsein des dialektischen Prozesses. Es trat als das „Wahre“ des Prozesses auf, das in Hegel’schen Kategorien nicht so sehr als „Substanz“, sondern vielmehr als „Subjekt“ aufgefasst wurde, und verkörperte die Einheit von Objekt und Subjekt, Theorie und Praxis, Denken und Tun.⁷² Diese Interpretation war allerdings transzendentalistisch. Sie ging von einer Diskrepanz zwischen dem „wahren“ Klassenbewusstsein und dem realen individuellen oder Gruppenbewusstsein der Arbeiter aus, denn das Erstere ließ sich Lukács zufolge nicht auf den „tatsächlichen psychologischen Bewusstseinszustand der Proletarier“ zurückführen.⁷³ Daraus zog er den Schluss, dass die „geschichtliche Gestalt“, „handelnde Trägerin“ des Klassenbewusstseins des Proletariats und das „Gewissen seiner geschichtlichen Sendung“ nur die Partei sein könne.⁷⁴

Aus der Diskrepanz zwischen dem „psychologischen“ Bewusstsein und der Erkenntnis der geschichtlichen Totalität konnten aber auch andere Schlussfolgerungen gezogen werden. In der „Kritischen Theorie“ der Frankfurter Schule erschien die Lage des Proletariats als keine Garantie für die richtige Erkenntnis mehr.⁷⁵ Die „Kritische Theorie“ versuchte, die Gesellschaft zu transzendieren, wobei sie sich als deren Teil und als Moment des dialektischen historischen Prozesses verstand. Als solches wollte sie ihre Unabhängigkeit bewahren und keine Artikulation der „jeweiligen Gefühle und Vorstellungen einer Klasse“ oder des „wahren“ Klassenbewusstseins sein.⁷⁶ „Der Theoretiker, dessen Geschäft darin besteht, eine Entwicklung zu beschleunigen, die zur Gesellschaft ohne Unrecht führen soll, kann sich (...) im Gegensatz zu Ansichten befinden, die beim Proletariat gerade vorherrschen. Ohne die Möglich-

69 Vgl. als Überblick Antonia Opitz: Georg Lukács und Rosa Luxemburg, in: Klaus Kinner/Helmut Seidel (Hg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, Berlin 2002, S. 238–247.

70 Vgl. Georg Lukács: Rosa Luxemburg als Marxist, in: ders.: Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien zur marxistischen Dialektik, Darmstadt/Neuwied 1968, S. 94.

71 „(...) Da das Bewusstsein hier nicht das Bewusstsein über einen ihm gegenüberstehenden Gegenstand, sondern das Selbstbewusstsein des Gegenstandes ist, umwälzt der Akt des Bewusstwerdens die Gegenständlichkeitsform seines Objekts.“ (Georg Lukács: Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats, in: ders.: Geschichte, S. 309.)

72 Vgl. Lukács: Rosa Luxemburg, S. 111–113.

73 Vgl. Georg Lukács: Klassenbewusstsein, in: ders.: Geschichte, S. 160.

74 Vgl. Lukács: Rosa Luxemburg, S. 114–115. Lukács berief sich dabei auf Rosa Luxemburg und versuchte somit, zwischen ihren Auffassungen von Spontaneität und Organisation zu vermitteln. Seine Konzeption der Partei setzte jedoch völlig andere Akzente und scheint mit der Konzeption von Rosa Luxemburg nicht ohne weiteres vereinbar zu sein.

75 Vgl. Max Horkheimer: Traditionelle und kritische Theorie, in: ders.: Gesammelte Schriften. Hg. von Alfred Schmidt, Frankfurt a. M. 1988, Bd. 4, S. 187.

76 Vgl. ebd., S. 188.

keit dieses Konflikts bedürfte es keiner Theorie; denen, die sie brauchen, fiele sie unmittelbar zu. Mit der individuellen Klassenlage des Theoretikers hat der Konflikt nicht notwendig zu tun; sie hängt nicht von der Form seines Einkommens ab.“⁷⁷

Das Transzendieren der Gesellschaft in ihrer Totalität erscheint nicht mehr als Moment des proletarischen Klassenbewusstseins, sondern als Moment des „kritischen“ Denkens. Auch die Totalität selbst erweist sich nunmehr als repressiv. Sie manifestiert sich in der beinahe vollkommenen Verdinglichung der Gesellschaft und bewährt sich daran, dass diese ihre Mitglieder „nach ihrem Ebenbild erschafft“.⁷⁸ Dadurch wird die „Ohnmacht des Geplanten“ und somit auch die Ohnmacht des Denkens, das das Bestehende zu durchdringen und darüber hinauszugehen versucht, reproduziert, denn das Subjekt der bewussten Gestaltung der Gesellschaft geht verloren.⁷⁹

Das proletarische „Subjekt“ mit seinem konkreten, empirischen Bewusstsein trat also sowohl bei Lukács als auch in der „Kritischen Theorie“ deutlich zurück. Für die Gewerkschaften, um auf den Streit in der deutschen Arbeiterbewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts zurückzukommen, stand es im Vordergrund, weil sie Schutz bzw. adäquate Vertretung aller Interessen, Forderungen und Sorgen der Arbeiterschaft beanspruchten und darin u. a. den Sinn ihres Handelns sahen, ohne sich auf eine theoretische Erörterung des Problems des proletarischen Klassenbewusstseins einzulassen. Im Hinblick darauf musste die „Emanzipierung“ der Gewerkschaften von der Theorie aus der Sicht von Rosa Luxemburg einen „reinen, platten Empirismus“ nach sich ziehen.⁸⁰

Während Luxemburg jedoch diese „Emanzipierung“ ebenso wie die gewerkschaftliche Zurückhaltung und den Widerstand gegenüber dem Massenstreik mit dem „Masse-Führer-Problem“ verband, war sie für die Gewerkschaften selbst eine Äußerung der authentischen Haltung ihrer Mitglieder. Auch die tatsächlich vorhandenen Entfremdungserscheinungen zwischen der Mitgliedschaft und der gewerkschaftlichen „Bürokratie“ betrachteten sie aus einer pragmatischen Sicht. So schrieb die „Bergarbeiterzeitung“ 1905 in einer Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftskritikern: „Wie kommt [es] denn, dass Leute, die vorher Bäume ausreißen wollten, nachdem sie aber durch ihre Mitgliedschaft an eine verantwortungsreiche Stelle gestellt waren, zu den „Bremsern“ gehörten? Es ist durchaus keine schwankende Gesinnung im Spiel, sondern als der Betreffende sich daran machte, die Bäume auszureißen, da fand er, dass die Geschichte denn doch nicht so glatt ging, wie er früher geglaubt.“⁸¹

Die Zeitung betonte auch, dass ein Gegensatz zwischen „Gewerkschaftsbeamten“ und -masse in Wirklichkeit nicht vorhanden sei. Die Ersteren seien gewählte Vertreter, die die Verantwortung für die Organisation trügen und auch als Funktionäre mehr Arbeiter seien, als man-

77 Ebd., S. 195.

78 Vgl. Theodor W. Adorno: Reflexionen zur Klassentheorie, in: ders.: Gesammelte Schriften. Hg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt a. M. 1972, Bd. 8, S. 390.

79 Vgl. ebd.; Theodor W. Adorno: Individuum und Organisation. Einleitungsvortrag zum Darmstädter Gespräch 1953, in: ebd., S. 454; ders.: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, in: ebd., S. 360.

80 Luxemburg: Massenstreik, S. 158.

81 Nachklänge.

che „Parteiliteraten“.⁸² Der intensive Organisationsausbau der Gewerkschaften seit den 1890er Jahren führte zwar in der Tat zu einer massiven Zunahme der „Bürokratie“.⁸³ Diese Entwicklung, die sogar Rosa Luxemburg als „ein historisch notwendiges Übel“ betrachtete, war jedoch, zumindest in ihren Intentionen, durchaus gewollt.⁸⁴ Außerdem betraf die Erweiterung der Personalstellen nach der Jahrhundertwende vor allem regionale und lokale Untergliederungen, also nicht so sehr die „Spitze“ der Gewerkschaften. Auch die Vorwürfe der „Überbezahlung“ der Gewerkschaftsfunktionäre erwiesen sich als wenig begründet, insbesondere im Vergleich zu den Verdienstmöglichkeiten in „bürgerlichen“ Berufen.⁸⁵ Das „Ruhebedürfnis“, ein gewisser Immobilismus und „Organisationsfetischismus“ waren dennoch reale Folgen der gewerkschaftlichen Expansion sowie des allmählichen „Hineinwachsens“ der Gewerkschaften in die gestaltenden Einrichtungen von Gesellschaft und Staat des Wilhelminischen Reiches⁸⁶ und wirkten sich auch auf die Haltung der Gewerkschaften in den Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie aus.

Der Streit um die Rolle der Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg führte im Ganzen zur weiteren Ausdifferenzierung von theoretischen Strömungen und zur Profilierung der Linken, als deren Wortführerin Rosa Luxemburg allgemein anerkannt wurde. Darüber hinaus machte er deutlich, dass die Standpunkte von Rosa Luxemburg und den Gewerkschaften infolge der prinzipiell unterschiedlichen Prämissen und Ausgangspositionen nicht „kompatibel“ waren und ganz verschiedene Dimensionen der Frage nach dem Verhältnis zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften in den Vordergrund stellten. Schließlich brachte die Debatte die Tendenz zu einer relativen Verselbständigung von Theorie und Praxis zum Ausdruck, die für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung maßgebend werden sollte.

82 Vgl. ebd.

83 Vgl. dazu Schönhoven: Expansion, S. 221–260.

84 Vgl. Luxemburg: Massenstreik, S. 163; Hans Mommsen: Einleitung, in: Peter Friedemann (Hg.): Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890–1917, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1978, Bd. 1, S. 35.

85 Vgl. Schönhoven: Expansion, S. 231, 259.

86 Vgl. Tenfelde: Kautsky, S. 214.